
cenjur®
CE juristisch-politisches
Info-Magazin von

SEIDL®

Was das neue Jahr 2003 bringen wird
Neujahrs-Info aus dem Bereich der EU-Kommission

wer in den ersten Neujahrstagen im Internet auf dem zentralen Server der EU - <http://www.europa.eu.int/> - "Was gibt's Neues?" anklickt, findet dort weder eine Neujahrsbotschaft von Kommissionspräsident Prodi noch von EP-Präsident Cox - die offizielle EU ist auf Sendepause bis zum 6. Januar. Es gibt ja auch keine Euro-Einführung wie 1999 oder 2002; **die großen europäischen Ereignisse stehen noch bevor, wie etwa der Vertrag über die EU-Erweiterung im April oder der Verfassungsentwurf, den der Konvent im Sommer vorlegen will.** Für eine deutliche Verschärfung der Kontrolle von Tankschiffen durch eine EU-Initiative hat sich R. Prodi auch ohne sofortigen Widerhall auf *Europa* einsetzen können.

Es gab allerdings durchaus kleine EU-Neuigkeiten von allgemeinem Interesse in dieser Sendepause: just zu Weihnachten, im EU-Amtsblatt Nr. C 325 vom 24. Dezember 2002, sind der **EU-Vertrag** (Maastricht, 1992) und der **EG-Vertrag** (Rom, 1957), also die wichtigsten Rechtsgrundlagen der EU, in **konsolidierten Fassungen** publiziert worden, so wie sie ab 1. Februar 2003 (Inkrafttretens des Änderungs-Vertrags von Nizza, 2001) gelten werden¹. Ihre praktische Nützlichkeit ist allerdings zeitlich begrenzt, denn zum 1. Mai 2004 werden diese Verträge durch den Beitrittsvertrag wiederum erheblich verändert, was dann eine erneute Textkonsolidierung erforderlich macht.

Eine weitere praktisch bedeutsame Neuerung werden die EU-Interessierten erst in Kürze erfahren: im Amtsblatt-Nr. C 331 E sind Vorschläge der Kommission letztmalig im Amtsblatt-Format erschienen. Aufgrund einer Entscheidung des Generalsekretärs der Kommission wird es sie **künftig nur noch als KOM-Dokumente** geben, wenn auch mit Hinweis im Amtsblatt C (jährliche Haushaltsersparnis: 2.5 Mio €; Vorteil für die Interessenten: die KOM-Dokumente enthalten auch die Begründung, die im Amtsblatt ja nicht mit abgedruckt war).

¹ In einem Punkt ist der jetzt publizierte Text allerdings schon nicht mehr gültig, ohne dass dies erwähnt wäre: das Protokoll über die Satzung des Gerichtshofes – obwohl noch gar nicht in Kraft - ist bereits wieder geändert worden (Ratsbeschluss 2002/653 vom 12.7.2002, ABl. L 218).

Zum telefonierenden Bürger:

1. Es widerspricht der Binnenmarktidee, wenn bestimmte Telefonnummern aus dem Ausland nicht angerufen werden können (z.B. Nummern, bei denen der Angerufene die Kosten übernimmt, aber auch solche, bei denen der Angerufene – erlebt bei einer Hamburger Behördennummer – über die Telefonrechnung Gebühren erheben will).
2. Unbefriedigend ist natürlich auch die Marktabstottung der Telefonmärkte: ein Auslandsgespräch von einem Handy (Mobiltelefon) ist - selbst bei einem in mehreren Staaten präsenten Anbieter (z.B. Vodafone) - unverschämte teuer. Einzige Möglichkeit bisher: weitere Karten zulegen und grenzüberschreitend weitgehend nur SMS. Entwicklung eines Geräts, das mehrere Karten simultan aufnehmen kann, wäre wünschenswert und – eigentlich – ohne Probleme machbar...
3. Unbefriedigend die Bewerbung in deutschen Anzeigen für Mobiltelefone: man bekommt ein Handy zu groß hervorgehobenen Lockpreisen (oft für nur 1€), jedoch immer unter der äußerst klein geschriebenen Bedingung, dass man einen Vertrag für 24 Monate abschließt. Ein solcher Vertrag erfordert jedoch die Zahlung eines mindestens dreistelligen €-Betrags. Müsste redlicherweise nicht der gesamte Mindestaufwand (Gerät + Vertragskosten) als Betrag deutlich hervorgehoben werden?

Die Deutsche **Post** wendet ihre seit 1. Januar 2003 geltenden Tarifsenkungen (Brief 0,55, Postkarte 0,45 €), die auf Drängen der Aufsichtsbehörde zurückgehen, erfreulicherweise auch für den innereuropäischen Verkehr – EU oder nicht – an. Für die Bewohner Belgiens ist allerdings eine weitere Desintegration Europas zu beklagen: nachdem für Briefe der ersten Gewichtsstufe und Postkarten in andere EU-Staaten schon seit einigen Jahren (wie schon zuvor von den Niederlanden) ein gegenüber dem Inlandspost höheres Entgelt verlangt wird, ist dieser Abstand nun noch vergrößert worden (allerdings gibt es jetzt nur eine erste Gewichtsstufe von 50 g statt bisher 20g). Ob mit der Erweiterung weitere Mitgliedstaaten diesem schlechten Beispiel folgen werden?

Aufgrund der derzeitigen griechischen Ratspräsidentschaft wird auch der nächste **Beitrittsvertrag** in Griechenland (Athen) unterzeichnet werden, von wo unsere Demokratie vor Jahrtausenden ihren Ausgang genommen hat (auch die letzte Erweiterung wurde in Griechenland, und zwar auf Rhodos, besiegelt).

Danke an dieser Stelle für die Info, VH! Unser grosses Anliegen an die Kommission ist das Problem der Sprachdiskriminierung <http://www.cenjur.de/europa/sprachen.htm> sowie fehlende Bestandsaufnahmen. Unsere Anfragen und Bedenken haben wir in diesen Seiten eingearbeitet. Ganz wichtig dort unsere Anfragen an Böge, Lommartzsch und Monti unter <http://www.cenjur.de/pages3/aktie.htm> und <http://www.cenjur.de/kapitalvernichtung.htm>

Ein ganz grosses Dankeschön und Lob an dem Dolmetscherdienst sowie die Personen, die offenbar Ernst machen mit der Transparenz auf den Internetseiten der EU. Ob PreLex ob EUR-Lex – die Infoseiten bei europa.eu.int haben sich seit Prodi sehr zum Vorteil verändert!

23. Januar 2003 Gudrun Seidl, cenjur <http://www.cenjur.de>